

Gemeinde Muldestausee

Beschlussantrag Nr.: 219/2021

☒ öffentlicher Teil ☐ nichtöffentlicher Teil

Sachbearbeiter:	Cornelia Geidel	Beteiligtes Fachamt:
Federführende Stelle:	Bauamt	

Beratungsfolge				
Gremium		Datum	dafür	dagegen
Ortschaftsrat Burgkernitz				
Ortschaftsrat Friedersdorf				
Ortschaftsrat Gossa				
Ortschaftsrat Gröbern				
Ortschaftsrat Krina				
Ortschaftsrat Mühlbeck				
Ortschaftsrat Muldenstein				
Ortschaftsrat Plodda				
Ortschaftsrat Pouch				
Ortschaftsrat Rösa				
Ortschaftsrat Schlaitz				
Ortschaftsrat Schmerz				
Ortschaftsrat Schwemsal				
Ausschuss für Soziales, Schule, Kultur, Jugend und Sport				
Bau- und Vergabeausschuss	Vorberatung	29.09.2021		
Haupt- und Finanzausschuss				
Jugendgemeinderat				
Gemeinderat	Beschlussfassung	06.10.2021		

Kurztitel:

Billigung und Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes „Sonnengrund“ OT Muldenstein der Gemeinde Muldestausee

Beschlusstext:

Der Gemeinderat beschließt:

1. Der Entwurf des Bebauungsplanes „Sonnengrund“ in Muldenstein, bestehend aus Planzeichnung (Teil A), den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie der Begründung und dem Umweltbericht nebst Anlagen wird in den vorliegenden Fassungen gebilligt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes mit der Planzeichnung, den Textlichen Festsetzungen, der Begründung und dem Umweltbericht nebst Anlagen sowie die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 (2) BauGB der Öffentlichkeit vorzustellen und öffentlich auszulegen.
3. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden und Nachbarstädte deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, sind nach § 4 Abs. 2 BauGB zu unterrichten und am Verfahren zu beteiligen.
4. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt im Rahmen einer öffentlichen Auslegung des Entwurfs für die Dauer eines Monats in der Gemeinde Muldestausee, im Bauamt, Neuwerk 3, OT Pouch in 06774 Muldestausee. Ebenso ist der Entwurf auf der Internetseite der Gemeinde für die Dauer der Auslegung zur allgemeinen Einsichtnahme einzustellen. Während dieser Auslegungsfrist können von jedermann Anregungen schriftlich, per E-Mail und/ oder während der Dienststunden zur Niederschrift vorgebracht werden.
5. Der Beschluss ist ortsüblich bekanntzumachen. (§ 2 Abs. 1 BauGB)

Erläuterung:

Der Gemeinderat hat in seiner heutigen Sitzung die eingegangenen Anregungen und Hinweise aus den Stellungnahmen zum Vorentwurf ausgewertet, gewichtet und im Sinne einer Zwischenabwägung behandelt. Das Ergebnis der Abwägung ist in den Entwurf einzuarbeiten. Damit wird der Vorentwurf zum Entwurf qualifiziert.

Das Ergebnis der Zwischenabwägung beinhaltet eine komplette Neufassung des Bebauungsplanes. Die potenzielle Lage der Fläche für den Waldkindergarten (Fläche für Gemeinbedarf) wird in Richtung Westen des Geltungsbereiches verlagert, um einen besseren Schutz vor der Einwirkung des Lärms von der Schienentrasse zu erzielen. Des Weiteren wird an der Steinlausigker Straße eine Gewerbefläche etabliert, die der verkehrsgünstigen Lage Rechnung trägt, aber auch der vorliegenden Verlärmung nichts ausmacht. Die Tagwerte des Gewerbegebietes sind zum Schutz des benachbarten Kindergartens eingeschränkt auf die Maximalwerte, welche in einem Mischgebiet zulässig sind.

Zudem sind auch die Flächen, die die Forstbehörde als Wald einstuft, so gestaltet, platziert und ergänzt worden, dass eine Waldumwandlung sowie ein externe Erstaufforstungsfläche vermieden wird.

Der Entwurf sowie die bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind gemäß § 3 (2) BauGB für die Dauer eines Monats der Öffentlichkeit vorzustellen und öffentlich auszulegen. Dies entspricht dem formalen Ablauf innerhalb des Verfahrens zur Planaufstellung. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden und -städte, deren Aufgabenbereich von der Planung berührt werden, sind gemäß § 4 (2) BauGB zu unterrichten und im Planverfahren zu beteiligen.

Finanzielle Auswirkungen:

a) einmalig:

b) als Folgekosten (nach Jahresscheiben):

c) Haushaltsstelle, Sachkonto, Produkt:

- 1) **Anlagen:** Planzeichnung Bebauungsplan
- 2) Textliche Festsetzungen
- 3) Begründung
- 4) Umweltbericht mit Bilanzierung des grünausgleichenden Eingriffs (Anlage 1-5)

Datum und Unterschrift Bürgermeister Ferid Giebler